

Obligationenrecht neu
mit längeren Garantiefri-
sten Seite 10Uri übernimmt Pionierrolle
bei der Darmkrebsvorsorge Seite 10Interessengemeinschaft Motorrad
stoppt Volksinitiative Seite 10Liechtenstein strebt ein Konkordat
mit dem Heiligen Stuhl an Seite 11

Die Armee an Krücken

Die Logistikbasis lässt dieses Jahr den Hauptteil ihrer Aufgaben für 700 Millionen Franken extern erbringen

Nur noch einen kleinen Teil des Pflichtenhefts kann die Logistikbasis der Armee selber erfüllen. Das führt dazu, dass sie 2013 für die Instandhaltung von Material und militärischen Systemen auf externe Firmen angewiesen ist. Das wird teuer.

Andreas Schmid

Das Inspektorat des Verteidigungsdepartements (VBS) zeigt in einer Untersuchung zum Personalabbau bedenkliche Schwächen in der Armee auf. Auf Seite 21 des im Internet veröffentlichten Schlussberichts werden etwa Beispiele von «Leistungs- und Fähigkeitslücken» bei der Logistikbasis aufgeführt, die auf einen desolaten Zustand desjenigen Bereichs im VBS hinweisen, der für die Betreuung und Instandhaltung der Systeme und Fahrzeuge, die Pflege des Materials sowie die Sanitätsleistungen zuständig ist. «Bei der Logistikbasis der Armee muss heute in nahezu allen Bereichen fehlende Kapazität durch Einkauf von Fremdleistungen kompensiert oder durch die Truppe erbracht werden», heisst es im Bericht.

Auf Industrie angewiesen

Rund 80 Prozent der Instandhaltungsleistungen zu Kosten von 700 Millionen Franken würden durch externe Dienstleister erbracht, weil die beruflichen Voraussetzungen des vorhandenen Personals den technischen Anforderungen nicht genügen oder weil zu wenig Personal vorhanden sei, halten die Inspektoren fest. Dadurch stiegen die Betriebskosten, weil die fehlende eigene Kapazität durch den Einkauf von deutlich teureren Fremdleistungen kompensiert werden müsse.

Die VBS-eigenen Prüfer ziehen aus diesen Feststellungen das Fazit, «dass



Die Armee lässt ihre Fahrzeuge zusehends in zivilen Autowerkstätten warten. Die Logistikbasis in Romont etwa vergibt diverse Aufträge an Garagisten. BILD KEYSTONE

für die Erstellung der Einsatzbereitschaft der Systeme der Armee heute die Ressourcen mit dem notwendigen fachlichen Wissen bei der Logistikbasis teilweise fehlen». Es zeige sich die Tendenz, dass die Truppe zunehmend durch die Industrie unterstützt werde, wodurch die Gefahr bestehe, dass langfristig und in ausserordentlichen Lagen die notwendigen Unterstützungsleistungen für die Armee nicht garantiert seien.

Die Inspektoren befürchten in ihrer Analyse noch weitere reichende negative Folgen: «Die immer grösser werdende Schere zwischen logistischem Leistungsbedarf und Leistungsfähigkeit erhöht die Abhängigkeit der Armee von Fremdleistungen in sicherheitsrelevanten Bereichen.»

Das sind düstere Aussichten auf dem vom VBS-Vorsteher Ueli Maurer eingeschlagenen Weg zum Ziel, «die beste Armee der Welt» zu schaffen. Aufgrund des Inspektionsberichts lässt Maurer denn auch prüfen, welche auswärts vergebenen Leistungen künftig wieder intern erbracht werden sollen. Resultate lägen noch nicht vor, sagt die VBS-Sprecherin Sonja Margelist. «Neben den rein betriebswirtschaftlichen Überlegungen spielen auch militärische Aspekte eine wichtige Rolle.»

Konzeptloser Abbau

Für den kümmerlichen Zustand der Logistikbasis macht das VBS den eingesetzten Personalabbau verantwortlich, der unter Maurers Vorgänger Samuel Schmid seit 2002 aufgrund der Vorgaben von Bundesrat und Parlament eingeleitet und kontinuierlich vollzogen werden musste. Der Bericht bestätigt zwar, dass der reduzierte Personalbestand mitunter zu den gegenwärtigen Problemen beiträgt; die Inspektoren kritisieren aber auch, dass das Departement den Abbau ohne Konzept, unsystematisch und teilweise nach falschen Kriterien umgesetzt habe.

Das unmethodische Vorgehen hatte 2009 dazu geführt, dass Bundesrat Maurer die Stellenreduktion bei der Logistikbasis sinstierte, weil diese die von den Truppen benötigten Leistungen nicht mehr erbringen konnte. Personal sei abgebaut worden, ohne die Kernkompetenzen sicherzustellen, stellen die Prüfer des VBS in ihrer Analyse fest.

Diverse Profiteure

Die von der Armee extern vergebenen Arbeiten im Wert von 700 Millionen Franken kommen der Industrie, aber auch dem Kleingewerbe zugute. Vor allem der bundeseigene Rüstungsbetrieb Ruag erhält lukrative Aufträge. Diese umfassen unter anderem die Betreuung von Systemen sowie das Instandhalten von Flugmaterial, Simulatoren, Kampffahrzeugen und Waffen. Aber auch kleine Gewerbebetriebe profitieren. Letztes Jahr etwa wurden laut der VBS-Sprecherin Margelist über 1000 Einzelaufträge an lokale Unternehmer vergeben. Zudem bestehen mit mehr als 50 Partnern Verträge für Service- und Betreuungsleistungen.

Viel Geld von der Armee gibt es 2013 gemäss Budget für Garagisten in der Umgebung von Motorfahrzeugparks. Für 18 Millionen Franken werden Personen- und Lastwagen des Militärs aufgrund des fehlenden Personals in zivilen Autowerkstätten instand gehalten und repariert. Das wird teurer, als die Arbeiten mit eigenen Leuten zu bewältigen: «Die Logistikbasis geht davon aus, dass die Leistungen auf Vollkostenbasis intern rund 20 Prozent kostengünstiger erbracht werden könnten», heisst es im Inspektionsbericht.

Die 30-seitigen Ausführungen legen schonungslos und detailliert offen, dass Ueli Maurer im VBS gravierende logistische Probleme zu lösen hat. Der Bundespräsident muss seinen Radius gar nicht erweitern, um dieses Jahr herausgefordert zu sein.

Die Skos wünscht sich ein Geschenk zum Jubiläum

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) hat vor 50 Jahren ihre Richtlinien eingeführt

Die Skos fordert ein Sozialhilfegesetz auf Bundesebene. Das heute stark föderalistisch geprägte System genüge nicht. Das Parlament hat den Ball bereits aufgenommen.

For. Bern · Rund drei Prozent der Schweizer Bevölkerung beziehen Sozialhilfe. Für deren Bemessung und Ausgestaltung orientieren sich die meisten Kantone und Gemeinden an den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos). Der privatrechtliche Verein, dem alle Kantone, zahlreiche Städte und Gemeinden, private Organisationen sowie diverse Bundesämter angehören, gibt die Empfehlungen seit 50 Jahren heraus. Skos-Präsident Walter Schmid sieht die historische Leistung der Richtlinien darin, dass es in dieser Zeit gelungen ist, ein objektivierbares Verfahren zur Bemessung der Sozialhilfeleistungen zu entwickeln, wie er am Donnerstag vor den Medien sagte. Zudem seien Ermessenskriterien aufgestellt worden, die politisch breit abgestützt seien und dem Wandel der Gesellschaft und der Realität der Armutsbetroffenen Rechnung trügen.

Sozialhilfe im Spannungsfeld

Trotz der langen Erfahrung mit den Richtlinien wird die Praxis der Sozialhilfe laut Schmid immer wieder infrage gestellt, und sie ist im Spannungsfeld von Solidarität und Eigenverantwort-

lichkeit Zerreihsproben ausgesetzt. Um die Sozialhilfe, die ein schwaches Glied in der Kette der sozialen Sicherungssysteme darstelle, zu stärken, plädiert der Skos-Präsident für ein nationales Rahmengesetz. Eine Forderung übrigens, die erstmals bereits 1905 bei der Gründung der Skos erhoben wurde. Schmid erhofft sich von einem solchen Gesetz eine Stärkung der Sozialhilfe. Trotz Richtlinien bestehen unter den Gemeinden zum Teil grosse Unterschiede in Bezug auf die Höhe der Sozialhilfe und in Verfahrensfragen. Ein Rahmengesetz würde vergleichbare Standards schaffen. Zudem könnte die Koordina-

tion mit anderen bedarfsabhängigen Leistungen wie Alimentsbevorschussung oder Ergänzungsleistungen für Familien besser koordiniert werden. Dass es beim Rahmengesetz auch um einen Ausbau der Sozialhilfe gehen könnte, stellte Schmid in Abrede.

Der Ständerat am Zug

Schmid's Forderung ist in Bundesbern angekommen. Im letzten Herbst hat der Nationalrat deutlich einer Kommissionstomung zugestimmt, die vom Bundesrat «ein schlankes Rahmengesetz für Sozialhilfe» fordert. Bürgerliche Befür-

worter betonten, das Gesetz solle nicht zu einer Ausweitung der heutigen Leistungen führen und auch die Finanzierung durch die Kantone nicht infrage stellen. Für die Gegner besteht jedoch die Gefahr, dass das neue Gesetz zu einer Nivellierung nach oben und damit zu höheren Sozialausgaben führt. Es wird zudem befürchtet, dass sich der Bund an den Kosten beteiligen müsste, wenn er den Kantonen Mindestvorgaben macht. Der Bundesrat lehnt ein Rahmengesetz ab, weil es nicht mit der verfassungsmässigen Kompetenzordnung vereinbar sei. Als Nächstes ist nun der Ständerat am Zug.

Von wenigen Seiten zum Wälzer

For. · Die ersten Skos-Richtlinien wurden 1963 veröffentlicht. Davor musste sich die 1905 gegründete Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) mit Publikationen in Fachzeitschriften sowie Vorträgen und Tagungen zur Thematik begnügen. Nach diesem Durchbruch ging die Entwicklung der Grundlagen jedoch schnell voran, wie Claudia Hänzi von der Sozialbehörde des Kantons Solothurn erklärt. Hänzi hat in einem Buch die Geschichte der Skos-Richtlinien nachgezeichnet. Im Schnitt alle zwei Jahre kam es zu Anpassungen und Erweiterungen. Dabei behielten die Richtlinien bis 1991 den Charakter eines Merkblattes. Auf wenigen Seiten bündelten sie Empfehlungen zur Höhe von Haushalts- und Wohnkosten sowie Ausgaben für Bedürfnisse im Einzelfall, zur

Anrechnung von eigenen Mitteln und zum Umgang mit Konkubinatspaaren.

1992 und 1997 folgten Totalrevisionen der Richtlinien, die inzwischen 160 Seiten umfassen. Mit der letzten Revision von 2005 kam es zu einer «deutlichen Leistungskürzung». Zugleich wurde das Anreizsystem ausgebaut. Wer sich aktiv bemüht, seine Situation zu verbessern, wird dafür finanziell belohnt. Mit dem neuen System sei die Entwicklung vom reinen Leistungsbeurteilungsmodell hin zu einem modernen Arbeitsinstrument der sozialen Arbeit abgeschlossen, sagt Hänzi. Die Richtlinien dienten darüber hinaus für die grosse Mehrheit der Kantone als mittelbare gesetzliche Grundlage. Sie gelten – mit unterschiedlicher Intensität – als verbindliche Bemessungs- und Referenzgrundlage.

WIE VIEL DIE SOZIALHILFE BEZAHLT

For. · Die Definition des Existenzminimums wandelt sich mit der Zeit und ist immer auch Ergebnis der politischen Aushandlung. Zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts wurde die Sozialhilfe anhand des Kalorienbedarfs der betroffenen Menschen berechnet. Inzwischen ist die soziale Teilhabe fester Bestandteil der Armutsbekämpfung. Laut Definition des Bundesamts für Statistik gilt für 2010 ein Einkommen von 2250 Franken pro Monat als Armutsgränze. Für eine Familie mit zwei Kindern liegt die Gränze bei 4000 Franken. Laut den Skos-Richtlinien hat eine Einzelperson 2013 einen Anspruch auf 986 Franken monatlich für den Lebensbedarf. Nicht darin enthalten sind Wohn- und Gesundheitskosten. In der Schweiz erhalten rund 235 000 Personen Sozialhilfe.

Kein Anbieter genügt Anforderungen

BfM bricht Ausschreibung ab

fbi. · Im August 2012 hatte das Bundesamt für Migration (BfM) ein Ausschreibungsverfahren für die ärztliche Betreuung von Zwangsausschaffungen lanciert. Nach dem Willen des Migrationsamtes hätte per Anfang dieses Jahres ein externer Anbieter die Sonderflüge begleiten sollen. Kurz vor dem Jahreswechsel hat das Amt das Verfahren jedoch abgebrochen. Keines der eingereichten Angebote habe den Anforderungen genügt, heisst es auf der Ausschreibungs-Plattform simap.ch.

Etwas deutlicher wird der Sprecher des BfM, Michael Glauser. Mehrere Anbieter hätten zwar die Unterlagen für den Auftrag bestellt. Eingegangen sei schliesslich jedoch nur ein einziges Angebot – jenes der Firma Oseara. Mitarbeiter des auf medizinische Beratung spezialisierten Unternehmens begleiten die Ausschaffungsflüge des BfM bereits seit April 2012 im Sinne eines Pilotprojekts. Publik gemacht hatte dies der «Tages-Anzeiger». Das Unternehmen steckt derzeit jedoch in einer Restrukturierungsphase. Deshalb hat das BfM entschieden, den Vertrag mit dem Unternehmen vorerst um ein halbes Jahr zu verlängern. Dann soll das Ausschreibungsverfahren laut Glauser erneut durchgeführt werden.

Die Sonderflüge bei Ausschaffungen werden seit März 2010 nicht nur von Polizisten, sondern auch von medizinischem Personal begleitet. Dies, weil damals ein nigerianischer Ausschaffungshäftling bei der Rückführung mit Ganzkörperfesselung starb.